

Antrag 16/I/2022**Jusos****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Klimaschutz in die Kommunalverfassung**

1 Klima- und Umweltschutz, vor allem die Präventi-
2 on vor dem Klimawandel und seinen Folgen sind
3 eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Wir leben
4 über unseren natürlichen Ressourcen, nutzen klima-
5 schädliche Antriebe im Verkehr und produzieren En-
6 ergie aus fossilen Trägern. Das zu ändern ist eine
7 Mammutaufgabe, zu der sich Deutschland im Pa-
8 riser Klimaabkommen 2015 verpflichtet hat. Wenn
9 Deutschland aber bis 2050 klimaneutral sein will
10 (und Brandenburg schon bis 2045) und bis dahin sei-
11 ne Emissionen stark reduzieren muss, muss es auch
12 jedes einzelne Bundesland und damit auch jeder
13 Kreis und jede Gemeinde.

14 Bisher sind Klima- und Umweltschutz keine pflichti-
15 gen Aufgaben der brandenburgischen Kommunen.
16 Wir fordern, diese zu Pflichtaufgaben zu machen.

17

Begründung

19 In der brandenburgischen Kommunalverfassung
20 werden Aufgaben, Rechte und Pflichten der Städ-
21 te und Gemeinden, sowie der Kreise festgelegt. Da
22 Klima- und Umweltschutz bisher nicht dazu ge-
23 hören, übernehmen die Kommunen diese Aufga-
24 be freiwillig. Das heißt sie ist zunächst prioritär, da
25 mit den vorhandenen – und meist knappen – fi-
26 nanziellen und personellen Ressourcen zunächst die
27 Pflichtaufgaben erfüllt werden müssen. Jede Kom-
28 mune nimmt Klima- und Umweltschutz daher an-
29 ders wahr: Manche nehmen es nicht als ihre Auf-
30 gabe wahr, andere machen nur begrenzt punktu-
31 elle Projekte aufgrund weniger finanzieller Mittel
32 und wieder andere sind Vorreiter für Modellprojekte
33 und initiieren größere Unternehmungen mit knap-
34 pen Ressourcen.

35 Als Pflichtaufgabe in der Kommunalverfassung wird
36 somit sichergestellt, dass jede Gemeinde und jeder
37 Kreis etwas gegen den Klimawandel tun muss und
38 auch, dass dafür genug finanzielle und personelle
39 Ressourcen bereit gestellt werden. Das Land muss
40 dafür entsprechend Sorge tragen. Auch wenn das
41 hohe Kosten bedeutet: Kein Klimaschutz ist teurer
42 als echter Klimaschutz, wie wir an den Dürren, Wald-
43 bränden und Fluten derzeit erleben.

Empfehlung der Antragskommission**Ablehnung**

Die Kommunalverfassung ist das falsche Gesetz zur Festlegung etwaiger Pflichtaufgaben. Es bleibt zudem unklar, was Klima- und Umweltschutz im Sinne des Antrages umfasst.